

Arbeitsbericht der Kerngeschäftsstelle für die Jahre 2024 und 2025

Berichtszeitraum: November 2023 bis Oktober 2025

Einführung

Der vorliegende Arbeitsbericht gibt der Mitgliederversammlung einen Überblick über die wichtigsten Aktivitäten des Grundrechtekomitees der vergangenen zwei Jahre, seit der letzten Mitgliederversammlung am 29. Oktober 2023. Der Bericht dient als Basis für den mündlichen Arbeitsbericht auf der Mitgliederversammlung am 22. November 2025 sowie die daran anschließende Diskussion über Perspektiven und Planungen des Vereins für die folgenden zwei Jahre.

GESCHÄFTSSTELLE

Hauptamtliche Stellen

In der Geschäftsstelle in der Aquinostraße 7-11 arbeiten hauptamtlich die beiden politischen Referent*innen Michèle Winkler und Britta Rabe mit je 26 Wochenstunden. Von Januar 2024 bis April 2025 war zudem Fabian Georgi vorübergehend als politischer Referent mit 26 Wochenstunden beim Grundrechtekomitee angestellt. Weiterhin war von Juni bis November 2025 Mihriban Alicia Blanco mit 10 Stunden/Woche als Projektmitarbeiter*in zur Organisation des Ratschlags „Welche Demokratie?“ tätig.

Für das Projekt *Wi.e.dersprechen* sind zudem Katharina Ochsendorf und seit dem 15. Februar 2025 Laura Wahden mit 29,25 Wochenstunden in der Geschäftsstelle beschäftigt. Tessa Pariyar hatte zuvor das Projekt zum 30. Juni 2024 verlassen, im Anschluss war Jana Gueye vom 15. Juni bis 30. November 2024 als Projektreferentin angestellt. Sebastian Rose ist für das Projekt *Abschiebungsreporting NRW* mit 25 Wochenstunden tätig.

Geringfügige Beschäftigung und Tätigkeiten auf Honorarbasis

Zusätzlich sind drei Personen geringfügig beschäftigt (Minijobs): Bettina Jung (Verschickung von Büchern und Schreibmaschinen an Gefangene), Marina Scheidler (Vereinsbuchhaltung), Milena Jarling (Administrative Unterstützung des Projekts *Wi.e.dersprechen* seit August 2023). Bo Wehrheim ist seit dem 16. August 2023 auf Honorarbasis für das Projekt *Abschiebungsreporting NRW* tätig und betreut die Social Media-Accounts des Projektes. Christian Herrgesell ist nebenberuflich seit vielen Jahren als Gefangenенbeauftragter für die Gefangenendenpost zuständig. Als Aufwandsentschädigung erhält Christian Herrgesell monatlich eine Pauschale (Übungsleiterpauschale). Jens Pranaitis betreut seit dem 15.11.2025 als freier Mitarbeiter auf Honorarbasis die Webseiten-Administration.

Praktikant*innen

In der Geschäftsstelle des Grundrechtekomitees erhalten wir regelmäßig Anfragen für Praktika, die wir für Pflicht-Praktika und in Abstimmung mit unseren Kapazitäten positiv beantworten. Im Berichtszeitraum waren drei Praktikant*innen über mehrere Wochen bzw. Monate in der Geschäftsstelle zu beschäftigt.

DRUCKERZEUGNISSE

Grundrechte-Report

Die Mitarbeiter*innen der Kerngeschäftsstelle waren auch 2024 und 2025 weiterhin in der Redaktion des jährlichen Grundrechte-Reports aktiv, übernahmen abwechselnd die Herausgeber*innenschaft für das Grundrechtekomitee und waren bei der Präsentation des Buches in Berlin anwesend. Im Jahr 2024 waren Fabian Georgi und Britta Rabe Teil der Redaktion, im Jahr 2025 sind es Britta Rabe und Michèle Winkler. Britta Rabe ist zudem im Grundrechtereport 2025 mit dem Text „Notwehr zählt immer“ als Autorin vertreten, ebenso Andreas Gutmann aus dem Vorstand mit dem Text „Ein Menschenrecht auf Klimaschutz“.

Rundbrief „Informationen“

Der quartalsweise erscheinende Rundbrief namens *Informationen* wurde die vergangenen zwei Jahre von Michèle Winkler und Britta Rabe (und vorübergehend Fabian Georgi) aus der Geschäftsstelle organisiert. Zusammen mit Aaron Reudenbach aus dem Vorstand bilden sie die Redaktion, die vorübergehend für eine Ausgabe von weiteren Personen ergänzt wird.

WEITERE ÖFFENTLICHKEITSARBEIT

Veröffentlichungen und Interviews in Fachzeitschriften und Tageszeitungen

Die Geschäftsstelle, insbesondere die politischen Referent*innen Michèle Winkler und Britta Rabe, erhalten sporadisch Medienanfragen zu den verschiedenen Themenbereichen und Aktivitäten des Vereins, hin und wieder auch für Hintergrundgespräche. Weiterhin veröffentlichen sie in den einschlägigen Fachzeitschriften. Online-Versionen der Beiträge sind auf der Webseite des Grundrechtekomitees gespiegelt.

Interne Weiterbildung zu Pressearbeit

Am 19. Mai 2025 hat die Journalistin Beate Selders einen eintägigen Workshop zur internen Weiterbildung bei Pressemitteilungen und -anfragen angeboten, an dem die Mitarbeitenden der Geschäftsstelle mit großem Gewinn teilnahmen.

Social Media

Der X-account (ehemals Twitter) @grundrechte1 ist von 5.030 Followern (25.09.2023) auf 4.613 Follower (22.10.2025) gesunken. Aufgrund der veränderten Bedingungen (Kauf durch Elon Musk) und den sich daraus ergebenden Problemen wie Aushöhlung des Datenschutzes, Verschiebung der Algorithmen und Inhalte nach rechts haben viele Personen die Plattform verlassen.

Der Bluesky-Account @grundrechtekomitee.bsky.social hat (Stand 22.10.2025) eine Follower-Zahl von 2.327.

Ein Instagram-Account @grundrechtekomitee wurde im April 2024 nach einem Vorstandsbeschluss neu eingerichtet. Seither wurden 148 Beiträge erstellt und gepostet. Aktuell folgen 2.709 Personen (18.11.2025) auf Instagram.

Online Spenden

Fabian Georgi stellte im ersten Quartal 2024 ein Konzeptpapier für den Ausbau des Fundraisings über verschiedene Kanäle und für unterschiedliche Zielgruppen zusammen. Konkret realisierte er von den vorgeschlagenen Maßnahmen die Implementierung von SEPA-Lastschrift- und PayPal-Spenden auf der Webseite mithilfe der Twingle-Software. Zudem organisierte er Optimierungen der Webseite für das Newsletter-Anmeldeformular und das Bestellformular für den Rundbrief „Informationen“. Parallel wurden die Grundsteine für die Einführung einer neuen Newsletter-Software gelegt.

Webseite

Im Dezember 2024 haben wir aufgrund ein schlechten Preisleistungsverhältnisses und mangelhaften Services das Hosting für Webseite und Mailkonten wechseln müssen. Die Webseite www.grundrechtekomitee.de wurde auf einen neuen Hostingdienst in München umgezogen und wird nun administrativ von einer Person in Köln betreut.

Veranstaltungen

Auch 2024 und 2025 haben wir viele Veranstaltungen zu unterschiedlichen Schwerpunkten organisiert, häufig gemeinsam mit weiteren Akteur*innen. Dazu gehören Informationsveranstaltungen, öffentliche Kundgebungen, Diskussionsveranstaltungen und vieles mehr. Auch werden Vertreter*innen des Grundrechtekomitees regelmäßig als Referent*innen oder auch als Moderator*innen zu Veranstaltungen eingeladen. Einen Überblick über künftige und vergangene Veranstaltungen bietet die Webseite unter www.grundrechtekomitee.de/termine. Viele unserer Veranstaltungen finden sich als Audioaufzeichnungen zum Nachhören auf der Webseite von Radio Nordpol <https://radio.nrdpl.org/> und auf unseren Webseiten verlinkt.

INHALTLCHE ARBEIT IN DEN KERNBEREICHEN

1) Grenzen und Migration

Projekt *Abschiebungsreporting NRW*

Das Projekt *Abschiebungsreporting NRW* hat sich seit Projektstart im August 2021 zu einem bedeutenden Instrument entwickelt, um die staatliche Brutalität von Abschiebungen in Nordrhein-Westfalen zu dokumentieren und öffentlich zu machen (siehe Extrabericht). Als Teil der Konzept-AG des Projekts war Britta Rabe vorwiegend in Finanzierungsfragen und in die Antragstellungen eingebunden, sowie teilweise mit inhaltlicher Unterstützung betraut.

8 Thesen zur Verteidigung der Migrationsgesellschaft

In einem bundesweiten Zusammenschluss von Gruppen, Organisationen und Einzelpersonen aus der kritischen Migrationsforschung, der antirassistischen Arbeit und der

Menschenrechtsbewegung haben wir im Mai 2024 einen Flyer mit 8 Thesen zur Verteidigung der Migrationsgesellschaft erstellt und auf Demonstrationen und Veranstaltungen bundesweit verteilt.

Abschiebegefängnis in Düsseldorf, jetzt Mönchengladbach

Das Grundrechtekomitee ist Teil des Bündnisses gegen das geplante zweite Abschiebegefängnis in NRW, das zunächst als Ausweisegehwahrsam mit 25 Plätzen nahe dem Flughafen Düsseldorf vorgesehen war, und inzwischen als zweitgrößtes Abschiebegefängnis mit 140 Plätzen geplant wird. Für den zuletzt angedachten Standort sind vom Land NRW 300 Millionen Euro bereitgestellt. Der zuletzt geplante Standort auf einem Militärgelände bei Mönchengladbach steht aktuell wieder zur Debatte, da die Bundeswehr das Gelände inzwischen womöglich zur Eigennutzung erwägt.

Solingen

Das Grundrechtekomitee kritisierte in diversen Statements und offenen Briefen die rassistischen und autoritären Maßnahmen als Reaktion von Bundes- und Landesregierung NRW auf den tödlichen islamistischen Anschlag auf ein Stadtfest in Solingen am 23. August 2024. Politiker*innen nutzten den Anschlag, um bis dahin nicht durchsetzbare Gesetzesverschärfungen hinsichtlich Überwachung und Abschiebungen zu realisieren. Die vom Grundrechtekomitee geäußerte Kritik schließt auch den Untersuchungsausschuss ein, der bis 2026 weiterläuft und einen Schwerpunkt auf das Abschiebesystem in NRW legt. Fragen bezüglich fehlender Präventionskonzepte oder von notwendigen therapeutischen Unterstützungsmöglichkeiten für Geflüchtete werden ausgespart.

In den Stellungnahmen richten wir uns zudem gegen die fehlenden Konsequenzen nach dem rassistischen Brandanschlag von 1993 auf das Haus der Familie Genç, bei dem fünf Frauen und Mädchen starben. Im März 2024 und 9. Juni 2024 kam es zu zwei neuen rassistischen Brandanschlägen, bei dem eine 4-köpfige bulgarische Familie ums Leben kam bzw. auf ein Haus von Sinti*ze und Rom*nja, bei denen Rassismus als Motiv nicht berücksichtigt wurde.

2) Sicherheitsstaat und Demokratie

Prozessbeobachtungen zu tödlicher Polizeigewalt

2024 haben wir schwerpunktmäßig zwei Strafprozesse anlässlich tödlicher Polizeigewalt in Mannheim und Dortmund beobachtet. Die beiden Prozessbeobachtungen waren das Schwerpunktprojekt des Jahres 2024.

Am OLG Mannheim waren zwei Polizisten angeklagt, deren Einsatz am 2. Mai 2022 zum Tod des 47-jährigen Mannheimers Ante P. geführt hatte, sie wurden zu einer Geldstrafe von 6000 Euro verurteilt bzw. freigesprochen.

Im OLG Dortmund endete der Strafprozess gegen 5 Polizist*innen wegen des tödlichen Einsatzes mit Pfefferspray, Taser und Maschinengewehr gegen den Geflüchteten Mouhamed Lamine Dramé im Garten einer Jugendeinrichtung nach 31 Prozesstagen mit 5 Freisprüchen. Ein weiterer von Britta Rabe beobachteter Prozess im Jahr 2025 gegen einen Beamten anlässlich eines polizeilichen Schusswaffen- und Tasereinsatzes vom 10.8.2024 in Düsseldorf endete ebenfalls mit einem Freispruch.

Unsere Beobachtungen und Bewertungen zu behördlicher Aufarbeitung, Prozessverlauf und juristischer Bewertung brachten wir in diversen Veranstaltungen zum Thema tödliche Poli-

zeigewalt und Fragen von Gerechtigkeit und Verantwortungsübernahme und der Rolle von Justiz ein, und hielten diese in diversen Artikeln und Beiträgen fest. Weiterhin unterstützen wir zahlreiche Initiativen, die sich anlässlich tödlicher Polizeigewalt gegründet haben, mit Unterstützung zur Vernetzung, Pressearbeit, sowie mit Statements und Beiträgen auf Veranstaltungen.

Kritik an polizeilicher Kriminalstatistik

Das Komitee für Grundrechte und Demokratie und das Berliner Justice Collective kritisieren im April 2025 in einem offenen Brief und einer Pressekonferenz zusammen mit 40 weiteren Organisationen die polizeiliche Kriminalstatistik (PKS) und deren politische Instrumentalisierung. Insbesondere hervorgehoben wurden die dortige Ethnisierung von Gewalt und die von politischen Vorgaben und Interessenlagen geprägte Datenerhebung.

Bündnis gegen Schmerzgriffe

Seit Oktober 2024 existiert das Bündnis gegen polizeiliche Schmerzgriffe, das wir zusammen mit acht weiteren zivilgesellschaftlichen Organisationen gegründet haben und das mit einer Podiumsveranstaltung in Berlin der Öffentlichkeit vorgestellt wurde.

Regelanfrage / Berufsverbote

Das alte Grundrechtekomitee-Thema der Berufsverbote wird durch ein in Hamburg geplantes Gesetz wieder aktuell und erhält eine erste fundierte Kritik mit einem Artikel. Das geplante Gesetz sieht eine Regelanfrage für den öffentlichen Dienst vor, demzufolge eine Anfrage zur Person an das Landesamt für Verfassungsschutz gestellt werden soll hinsichtlich von Erkenntnissen, die Zweifel an der Verfassungstreue der einzustellenden Person begründen würden. Dem frisch gegründeten Hamburger Bündnis gegen Berufsverbote sind wir im November 2025 beigetreten.

Antifaschismus und AfD-Verbot

Im Zuge der bundesweiten Großproteste für Demokratie und gegen Rechtsextremismus anlässlich der Enthüllungen von Deportationsplänen in der Correctiv-Recherche Anfang 2024 veranstaltete das Grundrechtekomitee zusammen mit anderen lokalen Initiativen in Köln eine antifaschistische Einführungsreihe unter dem Obertitel „Was Tun?“, die sich an die interessierte Zivilgesellschaft richtete. Dort wurde von den Aktivitäten der AfD in Ostdeutschland berichtet, das Thema "Remigration" mit der aktuellen Abschiebepolitik in Zusammenhang gesetzt und in einer weiteren Veranstaltung das geforderte AfD-Verbot diskutiert.

Die Kampagne für ein Parteiverbot der AfD nahmen wir zum Anlass, im Februar 2024 ein ausführliches Papier zu veröffentlichen, das das geforderte AfD-Parteiverbot kritisch diskutiert, gefolgt von weiteren Veröffentlichungen zum Thema in den folgenden Monaten, die sich tiefergehend mit Einzelfragen zum AfD-Verbot auseinandersetzen sowie eine Einordnung von Rechtsverschiebung und Faschisierung bieten.

Außerdem boten wir Online-Veranstaltungen zum Thema an, Michèle Winkler (und bis zu seinem Ausscheiden auch Fabian Georgi) ist seitdem zudem regelmäßig zu diversen Veranstaltungen bundesweit als Referent*in unterwegs.

Versammlungsfreiheit / Versammlungsgesetze

Anlässlich der massiven Polizeigewalt gegen Proteste der Palästina-Solidarität gegen den Genozid in Gaza und der Unterstützung Deutschlands haben wir in Köln eine lokale Demo-Watch-Gruppe mit unserem Konzept der Demonstrationsbeobachtung geschult. Die Gruppe ist schwerpunktmäßig anlässlich von Palästina-solidarischen Demonstrationen im Raum Köln-Bonn beobachtend aktiv. Weiterhin haben wir uns gegen die geplante Ausweisung von vier Aktivist*innen (mit Staatsbürgerschaften in der EU und USA) eingesetzt.

Demonstrationsbeobachtung anlässlich des Protests gegen AfD-Bundesparteitag in Riesa

Im Januar 2025 organisierten wir in Absprache mit dem Bündnis „Wider setzen“ eine Demobeobachtung anlässlich der Proteste gegen den AfD-Bundesparteitag im sächsischen Riesa. Bei eisigen Temperaturen und im Angesicht eines massiven Polizeiaufgebots protestierten dort mehr als 15.000 Menschen und versuchten, die Zugänge zum Parteitagsgelände zu blockieren. Mit unserer Pressemitteilung „Gegendarstellung zur Polizeiversion“ kritisierten wir, dass der Parteitag nur durch gezielte Polizeigewalt ermöglicht werden konnte. Unser Statement schaffte es in diverse Leitmedien und schuf ein Gegennarrativ zur polizeilichen Erzählung von einer Gewährleistung der Versammlungsfreiheit. Die Erstellung eines ausführlichen Berichtes zu dieser Demonstrationsbeobachtung war uns leider wegen gesundheitlicher und personeller Engpässe in den ersten beiden Quartalen 2025 nicht möglich.

Camp des Bündnisses „Rheinmetall-Entwaffen“ in Köln

Das Grundrechtekomitee begleitete die Durchsetzung des im August 2025 geplanten Camps des antimilitaristischen Bündnisses "Rheinmetall-Entwaffen" und unterstützte die Anmelder*innen und Organisator*innen im Anschluss an die polizeiliche Zerschlagung der antimilitaristischen Abschluss-Parade. Das Camp war zunächst von Polizei und Verwaltungsgericht verboten worden, dieses Verbot wurde erst kurzfristig vom OVG Münster am 23. August 2025 aufgehoben. Die als „Parade“ konzipierte große Demonstration am Abschlusstag des Camps am 30. August 2025 wurde von der Polizei gestürmt und rund 500 Personen über rund 11 Stunden gekesselt. Als Grundrechtekomitee sprachen wir auf zwei Pressekonferenzen des Bündnisses, hielten einen Redebeitrag gegen das drohende Camp-Verbot und waren während der Großdemonstration beobachtend vor Ort.

Ratschlag „Welche Demokratie?“

Ein Ratschlag im September 2025 zur Frage von radikaler Demokratie beschäftigte die Geschäftsstelle hinsichtlich der Vorbereitung mehrere Monate hinweg. Es war ein Großprojekt, bei dem wir von Mihriban Blanco als Projektmitarbeiter*in unterstützt wurden. Für den Ratschlag haben wir uns um eine möglichst weitgehende Zugänglichkeit für Menschen mit verschiedenen Beeinträchtigungen bemüht und dafür ein umfassendes Konzept zum Barrierenabbau erstellt und boten unter anderen eine Gebärdesprachendolmetschung für Gäste an. Finanziell wurde der Ratschlag großzügig unterstützt von der Rosa-Luxemburg-Stiftung NRW, der Sebastian-Cobler Stiftung und dem Movement Hub.

Das Ratschlagswochenende eröffneten wir mit der Abendveranstaltung „(Un-)demokratische Gefühle? Die Rolle von Affekten und Emotionen im aufkommenden Faschismus“, Sevda Can Arslan im Gespräch mit dem Autor und Forscher Simon Strick. Der Samstag fokussierte nach einer Keynote der Künstlerin und Aktivistin Achan Malonda zunächst auf die Kritik an der aktuellen liberalen Demokratie in drei parallelen Workshops („Grenzen der Zugehörigkeit,

„Ökonomie, Demokratie und Ausschluss, „Mehr als Wahlen, mehr als Staatsform“). Am Samstagnachmittag widmeten wir uns konkret-utopischen Ansätzen und Praxen radikaler Demokratie mit Beiträgen zu Commonisierung, Kommunalismus, der abolitionistischen Demokratie sowie über die Theorie radikaler Demokratie, daran schloss sich eine lange gemeinsame Diskussion zusammen mit dem Publikum an.

Den Sonntag beendeten wir mit Diskussionen zu abolitionistischer Demokratie im Rahmen des *Community Brunchs* in Zusammenarbeit mit dem Kölner Netzwerk Abolitionismus. Während der ersten beiden Tage waren rund 90 Personen anwesend, am Sonntag waren wir rund 40 Personen. Die Beiträge des Ratschlags sind von Radio Nordpol als Audios aufgezeichnet und werden dort und auf unserer Webseite veröffentlicht. Vier Personen dokumentierten die Inhalte außerdem via Graphic Recording. Eine ausführliche inhaltliche Auswertung des Ratschlags ist in den INFORMATIONEN 4 2025 zu finden.

3) Knast und Gefangenenhilfe

Versand von Schreibmaschinen und Büchern

Von der Geschäftsstelle aus versandte Bettina Jung in dem Berichtszeitraum 47 Schreibmaschinen (bis 6.11.2025) und 168 Bücher (bis 6.11.2025) an Inhaftierte bundesweit. Unsere Aufrufe, gebrauchte Schreibmaschinen zur Verschickung in Gefängnisse an uns zu spenden, stoßen weiterhin auf Resonanz. Die Nachfrage nach Schreibmaschinen durch Gefangene ist weiterhin groß. Die Zahl der verschickten Schreibmaschinen und Bücher bleibt über die Jahre recht konstant und ist in der Höhe begrenzt durch Bettina Jungs Zeitkontingent, nicht durch die Nachfrage.

Ingeborg-Drewitz-Literaturpreis

Seit Sommer 2025 ist das Grundrechtekomitee im Trägerkreis des Ingeborg-Drewitz-Literaturpreises für Gefangene vertreten. Der Preis wird alle drei Jahre öffentlich verliehen, die nächste Preisvergabe ist für Ende 2026/2027 vorgesehen. Die Autor*innen in Gefangenschaft beschreiben in Erzählungen und Gedichten die Lebenssituation im gegenwärtigen deutschen Strafvollzug. Die Preisträger*in soll bei der öffentlichen Preisverleihung möglichst anwesend sein, auf diese Weise wird zugleich das System des Freiheitsentzugs praktisch herausgefordert.

Budapest-Komplex

Als Grundrechtekomitee unterstützten wir einige Inhaftierte, denen die Beteiligung an Angriffen auf Neonazis in Budapest im Februar 2023 vorgeworfen wird. Wir beteiligten uns an Stellungnahmen gegen eine drohende Auslieferung der non-binären Person Maja T. nach Ungarn und ebenso nach der erfolgten unrechtmäßigen Auslieferung durch deutsche Behörden im Juni 2025. Gegen eine ebenfalls drohende Auslieferung von Zaid, die insbesondere aufgrund seiner syrischen Staatsbürgerschaft für ihn eine große Gefährdung bedeutete, initiierten wir einen offenen Brief an die deutschen Behörden. Wir ordneten außerdem auf Kundgebungen und Veranstaltungen das Vorgehen der Behörden und die Kriminalisierung der Antifaschist*innen ein.

Jugendstrafrecht

Zu NS-Kontinuitäten im Jugendstrafrecht hat Michèle Winkler in Zusammenarbeit mit Lisa und Jan Tölle (ExitEnterLife) einen umfassenden Fachartikel erstellt, es gab dazu einen Veranstaltungsabend in Köln und eine Podcastfolge ist aktuell in Planung.

4) Krieg und Frieden

Arbeitsfeld Frieden und Antimilitarismus

Vor dem Hintergrund des Angriffskriegs Russlands auf die Ukraine im Februar 2022 und einer notwendigen emanzipatorischen Friedensarbeit ist das Arbeitsfeld „Krieg und Frieden“ wieder stärker präsent. Fabian Georgi beschäftigte sich während seiner Tätigkeit für das Grundrechtekomitee mit Beiträgen in den „Informationen“ unter anderem mit Aufrüstung, der Debatte um einen neuen Wehrdienst, der geplanten Stationierung US-amerikanischer Mittelstreckenraketen in Deutschland sowie der zunehmenden Militarisierung im Bundestagswahlkampf.

Im Dezember 2024 trat das Grundrechtekomitee der Kampagne „Friedensfähig statt erstschlagfähig. Für ein Europa ohne Mittelstreckenwaffen!“ bei, wodurch die Position gegen die Stationierung dieser Waffensysteme öffentlichkeitswirksam bekräftigt wurde. Regelmäßig unterstützt und verbreitet das Grundrechtekomitee friedenspolitische Aufrufe und Initiativen über die eigenen Kommunikationskanäle. Als Grundrechtekomitee riefen wir zudem als Teil des Bündnisses „Für einen gerechten Frieden in Palästina und Israel“ auf zu mehreren Kundgebungen und Demonstrationen gegen den Genozid in Gaza, die Waffenlieferungen und die weitere Involviertheit Deutschlands auf und wiesen darüber hinaus auf die Bedeutung des Völkerrechts hin.

ALLGEMEINES

Wertschätzende Zusammenarbeit

Im September 2025 haben wir auf der Basis einer gemeinsamen Abstimmung ein längeres Dokument zur wertschätzenden Zusammenarbeit in Geschäftsstelle und Vorstand fertiggestellt.

Abolitionismus

Bei der zweiten Abolitionistischen Konferenz in Köln im Oktober 2024 schlossen wir an unseren Beitrag der ersten Konferenz zu Prozessbeobachtung an und boten einen vierteiligen Workshop an. Dort stellte das Justice Collective seine Arbeit vor, wir vermittelten unsere Beobachtungen aus den unterschiedlichen Prozessen wegen (tödlicher) Polizeigewalt und diskutierten Fragen von Konsequenzen und Verantwortungsübernahme und Vorstellungen von Gerechtigkeit. Es gab einen Austausch zum Verhalten im Gericht anlässlich von Kriminalisierung von Palästina-solidarischem Protest.

Allianz für Rechtssicherheit

Das Grundrechtekomitee ist weiterhin Mitglied bei der Allianz für Rechtssicherheit, die sich gegen den zunehmenden politischen Trend der Aberkennungen der Gemeinnützigkeit politisch arbeitender Vereine wendet.

Aktivitäten in Köln

Lokal in Köln haben wir uns anlässlich mehrerer Sprengstoffanschläge 2024 in der Keupstraße, in Köln-Mülheim und anderswo in einem lokalen Bündnis mehrfach zu dem rassistischen Vorgehen der Ermittlungsbehörden geäußert.

Nach einem tödlichen Polizeieinsatz in Köln-Nippes im August 2025 haben wir eine Pressemitteilung verfasst und eine Kundgebung im Stadtteil organisiert, mit Zeug*innen das Gesehene besprochen und eingeordnet und den Hinterbliebenen zur Verfügung gestellt. Auf eine Anfrage hin unterstützen wir eine 7-köpfige kurdische Familie in Kalk nach einem brutalen SEK-Einsatz hinsichtlich Beratung zu rechtlichen Schritten, Entschädigung und mehr, in Zusammenarbeit mit dem Kalker Nachbarschaftsraum T.O.N.I.

Zentraler Menschenrechtsrat der Kurd*innen

Seit Dezember 2024 ist das Grundrechtekomitee Mitglied des neu gegründeten Zentralen Menschenrechtsrats der Kurd*innen. Der Menschenrechtsrat soll die Menschenrechtslage der kurdischen Community in Deutschland beobachten, dokumentieren und öffentlich machen und trifft sich regelmäßig in Frankfurt.

AUSBLICK

Prozessbeobachtungen

Mehrere Strafprozesse sind für 2026 angekündigt, die das Grundrechtekomitee aufgrund ihrer politischen und juristischen Relevanz kritisch begleiten wird:

Tödliche Polizeigewalt: Neun Polizist*innen einer Wache in Mülheim an der Ruhr waren an einem Einsatz am 6. Januar 2024 beteiligt, bei dem der damals 23-jährige Ibrahima Barry verstarb. Der Prozess wird am Amtsgericht in Mülheim oder am Landgericht in Duisburg stattfinden. In Oldenburg ist der Prozess wegen des am 20. April 2025 durch die Polizei getöteten Lorenz zu erwarten. In Mannheim wird im Jahr 2026 voraussichtlich der vom BGH anlässlich der Revision zurück verwiesene Strafprozess gegen die zwei am Tod von Ante P. beteiligten Polizisten beginnen.

Budapest-Komplex: Im Januar 2026 beginnt in Düsseldorf zudem der Strafprozess gegen sechs Antifaschist*innen im „Budapest-Komplex“, wegen mitgliedschaftlichen Beteiligung an einer kriminellen Vereinigung, des versuchten Mordes sowie der gefährlichen Körperverletzung den das Grundrechtekomitee ebenfalls begleiten wird.

Arbeitsbereich Krieg und Frieden

Durch das plötzliche und ungeplante Ausscheiden von Fabian Georgi als dritter politischer Referent wurde auch der zaghafte begonnene Wiederaufbau des inhaltlichen Bereichs rund um Antimilitarismus und Friedensarbeit jäh unterbrochen. Vor dem Hintergrund der rasanten Militarisierung gewinnt dieser inhaltliche Bereich jedoch massiv an Bedeutung und sollte verstärkt bearbeitet werden. Wie dies möglich sein wird, sollte diskutiert werden.

Daran anknüpfend ist insgesamt zu klären, inwiefern die **Kapazitäten für inhaltliche Arbeit der Kerngeschäftsstelle** im Rahmen der finanziellen Möglichkeiten verstärkt werden könnte

– der abrupte Wegfall der erst 2024 eingerichteten dritten politischen Referent*innenstelle führt zu kapazitären Engpässen. Die kurzfristige Einrichtung der Projektstelle zur Organisation des Ratschlags ermöglichte die erfolgreiche Umsetzung des gemeinsam verabredeten Projekts, aber andere Pläne mussten zurück gestellt werden, da sie zu zweit nicht umsetzbar sind, etwa die Einführung einer neuen Newslettersoftware oder der Start eines Podcasts zur Versammlungsfreiheit.